

Wahlen in der Türkei

AKP trotz Wahlsieg schwächer im Parlament

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei haben den Umfrageergebnissen Recht gegeben und der regierenden Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) einen deutlichen Sieg beschert.

Mit 46,5 % (vorläufiges Endergebnis) der Wählerstimmen kann die Partei von Recep Tayyip Erdoğan weiterhin mit absoluter Mehrheit regieren und den Kurs der politischen und wirtschaftlichen Reformen und der Annäherung an die Europäische Union fortführen. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) kam lediglich auf 20,9 % der Stimmen und bleibt deshalb hinter dem eigenen Wahlziel deutlich zurück. Als dritte Partei hat die rechtsnationale Nationalistische Bewegung (MHP) die 10%-Hürde überwunden und wird mit 14,3 % Prozent der Stimmen in das neue Parlament einziehen. Hinzu kommen ca. 27 unabhängige Kandidaten, die ein Parlamentsmandat erhalten werden.

Das neue Kräfteverhältnis im Parlament führt dazu, dass die AKP trotz überragendem Wahlsieg und einem Stimmenzuwachs von über 12 % weniger Abgeordnete als bisher stellen wird. Laut den vorläufigen Ergebnissen wird sie nur noch 340 Sitze (bisher waren es 354 von insg. 550 Sitzen) erhalten, was bedeutet, dass sie sich auf eine stärkere Opposition einstellen muss. Die CHP kann mit 112 Mandaten rechnen, wovon aber 12 Sitze der Demokratischen Linkspartei (DSP) - mit der die CHP eine gemeinsame Liste aufgestellt hat - zustehen. Die CHP ist somit der klare Wahlverlierer und es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen dies für die Parteiführung, insbesondere den

Vorsitzenden Deniz Baykal, haben wird. Die MHP wird voraussichtlich über 71 Parlamentarier verfügen. Von den 27 unabhängigen Kandidaten, die nach vorläufigen Berechnungen ein Parlamentsmandat erringen konnten, kommen laut Angaben der kurdischen „Partei der demokratischen Gesellschaft“ (DTP) 23 Abgeordnete aus ihren Reihen. Somit wird die DTP als vierte Partei mit Fraktionsstärke (Minimum 20 Abgeordnete) im Parlament mitbestimmen können.

Dank dieser Konstellation ist für politischen Zündstoff reichlich vorgesorgt. Die MHP wird vermutlich für mehr nationalistische Töne in der politischen Auseinandersetzung sorgen. Konflikte mit den kurdischen Abgeordneten werden daher schwer zu vermeiden sein. Die MHP wird zudem aller Wahrscheinlichkeit nach den politischen Druck auf die Regierung zu einer militärischen Intervention im Nordirak erhöhen. Auch bei den Verhandlungen mit der Europäischen Union wird es nicht einfacher fallen, zu den schwierigen Themen, wie der Zypernfrage, dem Minderheitenschutz und der Religionsfreiheit Lösungen zu finden. Wo hingegen keine Probleme zu erwarten sind, ist die Fortsetzung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Regierung Erdoğan. Obwohl die CHP sowie auch die MHP eher für staatsdirigistische Elemente in der Wirtschaft eintreten, sind sie doch wirtschaftspolitisch wenig profiliert und können der Ökonomen-Mannschaft in der AKP (wie zum Beispiel dem ehemaligen Analysten des Finanzdienstleisters Merrill-Lynch Mehmet Şimşek) in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung

fachlich kaum Paroli bieten. Die internationalen Finanzmärkte haben deshalb positiv auf den türkischen Wahlausgang reagiert.

Die Ursachen für den überwältigenden Wahlsieg sind in mehreren Faktoren zu suchen. Zum einen konnte die AKP auf viereinhalb Jahre erfolgreiche Regierungsbilanz verweisen, die für türkische Verhältnisse beeindruckend sind. Politische Stabilität, wirtschaftlicher Aufschwung und Reformen zu mehr Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Liberalisierung haben bei vielen Türken die Zuversicht geschaffen, dass eine AKP-Regierung dem Land weiterhin gute Entwicklungsperspektiven bieten kann. Der Opposition ist es nicht gelungen, aus der Angst vor einer schleichenden Islamisierung politischen Profit zu schlagen. Zudem hat sie vorwiegend auf eine Negativ-Kampagne gebaut und dabei versäumt, den Wählern klar zu machen, wohin sie eigentlich das Land in Zukunft führen will. Auch haben offenbar viele Wähler der CHP ihre Blockadepolitik bei den gescheiterten Präsidentschaftswahlen und die in Folge dessen entstandene Verfassungskrise übel genommen. Und nicht zuletzt wird wohl die charismatische Persönlichkeit Erdoğans eine nicht unerhebliche Rolle bei der Wahlentscheidung vieler Türken gespielt haben.

Ein politisches Desaster bedeutet das Wahlergebnis für traditionellen Parteien der rechten Mitte, der „Partei des Rechten Weges“ (DYP - sie trat zu den Wahlen unter dem neuen Namen „Demokratische Partei“/DP an) und die Mutterlandspartei ANAVATAN (ehemals ANAP). Deren gescheiterter Fusionsversuch im Vorfeld der Wahlen hat dazu geführt, dass die DP mit nur 5,4 % der Stimmen weit unter der 10%-Klausel blieb und nun in der außerparlamentarischen Opposition verbleibt. Die ANAVATAN ist nach dem Zwist mit der DP erst gar nicht zu den Wahlen angetreten. Der DP-Vorsitzende Mehmet Ağar hat bereits seinen Rückzug aus der Politik verkündet. Spekulationen mehren sich derzeit in den türkischen Medien über die mögliche Rolle des früheren

Ministerpräsidenten und ANAP-Vorsitzenden Mesut Yılmaz, der als unabhängiger Kandidat ins Parlament gewählt worden ist. Da in der türkischen Politik Parteiübertritte häufiger vorkommen, wird von einigen Kommentatoren in den Medien nicht ausgeschlossen, dass Yılmaz im Parlament eine neue Partei der rechten Mitte um sich vereinigen könnte.

Der Hohe Wahlrat wird die offiziellen Wahlergebnisse am 29. Juli 2007 bekannt geben. Danach wird sich das neue Parlament konstituieren und den Parlamentspräsidenten und seine Stellvertreter wählen. Unmittelbar danach muss das Parlament als seine erste Handlung die Wahl des neuen Staatspräsidenten durchführen. Da nach dem Verdikt des türkischen Verfassungsgerichtes die Anwesenheit von 367 Abgeordneten für eine rechtmäßige Wahl des Präsidenten erforderlich ist, muss die AKP bei der Aufstellung ihres

Kandidaten den Kompromiss mit der Opposition suchen, um eine neue Krise (und Neuwahlen oder ein eventuelles Eingreifen des Militärs) zu vermeiden. Dies macht eine abermalige Kandidatur Abdullah Güls (der bei dem Wahlgang im Mai wegen des Boykotts der Opposition gescheitert ist) unwahrscheinlich, auch wenn der hohe Wahlsieg der AKP als eine Unterstützung der Wähler für Gül interpretiert wird.

Weiterhin offen ist die Frage der Abhaltung eines Referendums zu den im Juni verabschiedeten Verfassungsänderungen, die eine Direktwahl des Staatspräsidenten durch das Volk ermöglichen.

Für eine fünfjährige Amtszeit (mit der Möglichkeit einer Wiederwahl für weitere fünf Jahre) und die Verkürzung der Legislaturperiode des Parlamentes auf vier Jahre (bisher fünf Jahre). Laut Gesetz kann die Volksabstimmung frühestens im Oktober stattfinden, bis dahin müssen aber noch einige Unstimmigkeiten vom neuen Parlament geklärt werden. So beruft sich zum Beispiel der Text der Verfassungsänderung auf die Wahl des 11. Präsidenten, also auf die Wahl des

Nachfolgers des jetzigen Amtsinhabers Sezer. Dieser wird aber noch nach den aktuell gültigen Regeln gewählt.

Für die Beziehungen zu Europa und zu dem Westen bedeutet der Wahlausgang, dass auf türkischer Seite ein bekannter und kalkulierbarer Verhandlungspartner erhalten bleibt. Die AKP hat unter den im Parlament vertretenen Parteien die europafreundlichste Agenda und ist der einzige klare Befürworter eines EU-Beitritts. Dies bedeute allerdings nicht, dass die Verhandlungen mit der EU demnächst einfacher verlaufen werden. Der Trend zu mehr nationalistischen Stimmungen in der Bevölkerung und der wachsende EU-Skeptizismus werden den Spielraum für außenpolitische Konzessionen einengen. Insbesondere die Zypernfrage und die damit verbundene Umsetzung des Ankara-Protokolls könnten somit zum nächsten politischen Stolperstein in den Türkei-EU-Beziehungen werden.

**Die vorläufigen Endergebnisse der
Wahlen zur Großen
Nationalversammlung am 22. Juli 2007:**

Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung
(AKP) 46,5 % 340 Sitze
Republikanische Volkspartei (CHP) 20,9 %
112
Nationalistische Bewegung (MHP) 14,3 %
71
Unabhängige (DTP) 23
Unabhängige (andere) 4